

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wochenschrift Dresden  
Herausgeber: Wochenschrift Dresden  
Redaktion: Wochenschrift Dresden  
Verlag: Wochenschrift Dresden

Verlag: Wochenschrift Dresden  
Herausgeber: Wochenschrift Dresden  
Redaktion: Wochenschrift Dresden  
Verlag: Wochenschrift Dresden

Druck u. Verlag: Wochenschrift Dresden  
Herausgeber: Wochenschrift Dresden  
Redaktion: Wochenschrift Dresden  
Verlag: Wochenschrift Dresden

## Der erste Tag der Viermächte-Konferenz

### Spaltung in zwei Gruppen

**London, 6. April.** Eine große schaulustige Menge hatte sich in der Downing-Street eingefunden, um sich die Auffahrt der ausländischen Abordnungen zu der Viermächte-Konferenz anzusehen. Gegen 14.30 Uhr englischer Zeit erschienen die französische Abordnung unter Führung des Finanzministers Poincaré, und kurz darauf trafen die Mitglieder der italienischen Abordnung — soweit sie nicht an dem Frühstück beim Ministerpräsidenten Macdonald teilgenommen hatten — auf dem Hofe des Foreign Office ein. Kurz vor 14.30 Uhr kamen Staatssekretär v. Bülow und Ministerialdirektor Wolke, sowie der italienische Außenminister Grandi mit Begleitung aus dem Hause Downing-Street 10 heraus. Ihnen folgten Handelsminister Nunciati und Außenminister Sir John Simon. Als letzter kam Ministerpräsident Macdonald in Begleitung des Schatzkanzlers Neville Chamberlain. Sie begaben sich in den Vorraum, wo sie die Abordnungen begrüßten und hierauf pünktlich um 14.30 Uhr englischer Zeit die Sitzung über die Donaufragen im alten Kabinettsraum eröffneten.

#### Es wurde beschlossen, zwei Ausschüsse einzusetzen.

Der erste Ausschuss besteht aus den Abordnungsführern, jedoch ohne Macdonald. Nachdem am Mittwoch die Donaufrage allgemein erörtert wurde, ist es Aufgabe dieses Ausschusses, die Einzelheiten zu behandeln und festzustellen, inwieweit die einzelnen Mächte zu einer Einigung gelangen können. Der zweite Ausschuss legt sich auf Finanzsachverhältnisse der vier Regierungen zusammen. Er hat die Aufgabe, den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes nachzuprüfen, der sich in vieler Hinsicht als ein Hindernis für eine Einigung erwiesen hat. Der Ausschuss soll feststellen, inwieweit sich gewisse Empfehlungen praktisch durchführen lassen.

Die Verhandlungen am Mittwochabend haben damit geendet, daß der Optimismus, den Macdonald und die französischen Vertreter noch bis zum letzten Augenblick zur Schau trugen, gedämpft wurde, und daß deutsche und italienische Vertreter die Besprechungen pessimistisch beurteilten.

Entgegen den Erwartungen ist die deutsche und italienische Abordnung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Tardieu und Macdonald nicht unterrichtet worden, und eine Besprechung der vorgeschlagenen Programmpunkte ist ebenfalls nicht erfolgt. Man ist sich daher in Kreisen der deutschen Abordnung nicht darüber klar, in welchen Punkten eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt wurde.

#### In der Konferenz ergaben sich

##### zwei Gruppen:

auf der einen Seite England und Frankreich, die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donauproblems interessiert zeigten und sich im großen und ganzen schon über den Donaubund geeinigt hatten; auf der anderen Seite Deutschland und Italien, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellen.

Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einbringung des Vorschlags an, erhebt aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donauländer ausgedehnt werden solle und verlangte die Einbeziehung der

Großmächte in das System. Hierbei wies der italienische Vertreter auf die besonderen Interessen hin, die Italien als Nachbarstaat des Reiches-Ungarn habe und auf die Nachteile, die den Häfen Trieste und Fiume entstehen können. Er machte ferner Einwendungen gegen die gesamte Art des Vorgehens, wie es von Frankreich bei der Durchführung des Donauproblems geplant ist.

Der deutsche Vertreter wandte ein, daß die Donaufrage für sich allein nicht lösbar sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorschlagsollsystem für die Donauländer nicht die erwartete Erleichterung und die Debung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. — Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft. Von französischer Seite wurde im Verlaufe der Verhandlungen in Anregung gebracht, daß die großen Staaten den Donauländern ihrerseits einseitige Vorzugsrechte gewähren sollten.

Nach der Konferenz vertrat die Franzosen die Auffassung, daß es vielleicht möglich sein werde, Italien zum Einlenken zu bewegen, daß aber der Widerstand von Deutschland her wesentlich härter sei.

Tatsächlich jedoch dürfte das Umgekehrte der Fall sein, denn Staatssekretär v. Bülow erklärte, daß Deutschland zu Dylem bereit sei, wenn hierdurch eine Wiederbelebung der Donauwirtschaft wirklich erreicht werde. Die Franzosen werden der deutschen Abordnung vor, daß sie keinen Plan hatte, und daß sie keinerlei Gegenvorschläge brachte, und erklärten, daß man nun auf einen bestimmten Plan Deutschlands zur Hebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Donauländern warten müsse.

England vertritt die Auffassung, daß alle bisherigen Schritte des Völkerbundes völlig ungenügend waren. Die meisten der vom Völkerbund entworfenen Verträge hätten zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, weil sie niemals die richtige Stelle erreicht hätten. Der Leiter der englischen Politik legt daher den allergrößten Wert darauf, daß diese Konferenz ein greifbares Ergebnis, und sei es auch unabhängig vom Völkerbund, ergibt.

Die Wirtschaftslage in den Donauländern sei derzeit ernst, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dementsprechend bringt Macdonald darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstagabend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß kommt.

Der den Donauländern einen Anhalt für ihre weitere Politik gibt, so daß sie unter sich die Einzelheiten des Vorschlagsystems besprechen können. Die zweite Donau-Konferenz soll dann sowohl von den Großmächten wie von den Donauländern besucht werden.

Bei der deutschen Abordnung nimmt man an, daß man sich vielleicht über eine Einigung einigen, aber eine endgültige Lösung nicht erzielen wird. Die Entscheidung werde vielmehr schriftweise vor sich gehen, wobei dementsprechend sehr hart darauf hingewiesen wird, daß der Völkerbundrat ein wesentliches Wort mitzusprechen haben werde.

## Sardien Abmachungen mit Macdonald

### In Neufundland wieder Ruhe

**London, 6. April.** Die „Manchester Guardian“ erzählt, daß der französische Ministerpräsident Tardieu bei den Londoner Besprechungen eine große Rücksichtnahme gegenüber dem englischen Standpunkt gezeigt. Allem Anschein nach habe England dafür eine freundliche Stellungnahme zu den französischen Donauplänen zugesichert. Die amtlichen Stellen hätten offenbar nunmehr die Unvermeidlichkeit der endgültigen Entscheidung oder zum wenigsten einer ganz beträchtlichen Herabsetzung der Tribute eingesehen. Die französische Abordnung werde, wie „Manchester Guardian“ aus gut unterrichteter Quelle erfährt, auf der Tributkonferenz in Lausanne nicht die Erneuerung des Hooverkredits fordern, nachdem die deutschen Tribute an die RZB gezahlt sind und dann an Deutschland zurückgeliefert werden. Dagegen wünsche Frankreich in Lausanne starke englische Unterstützung bei der Ablehnung etwaiger deutscher Vorläufe, Änderungen der politischen und gebietsmäßigen Klauseln des Versailler Vertrages zu erreichen. Es besteht daher die Aussicht, daß die Lausanner Konferenz die Tribute zum mindesten sehr hart herabsetzen werde. Es werde sogar, so schreibt „Manchester Guardian“, angedeutet, daß die Tributkonferenz möglicherweise schon vor dem Juni zusammenkommen werde, um die Wiederbelebung des internationalen Vertrauens durch die baldige Verkündung einer endgültigen Vereinbarung herbeizuführen.

**London, 6. April.** In den Morgenstunden des Mittwoch konnte die Ordnung in St. Johns wieder hergestellt werden, nachdem 800 Mann der Kriegsteilnehmerverbände aufgeboten worden waren, die die Bewachung der Straßen und Amtsbüros übernahmen. Die Regierungsmilitärtruppen und die Polizei konnten das Parlamentsgebäude wieder verlassen. Es hat sich herausgestellt, daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch noch nicht eingereicht hat. Ein Minister hatte dem Gouverneur gebeten, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, um die Menge zu beruhigen.

### Das Schicksal der Ewardowski-Attentäter

**Moskau (über Rom), 6. April.** Die Verteidiger Sterns und Wajlens besuchten das Präsidium des zentralen Volkswirtschaftsrates und verhandelten über die Möglichkeiten der Begnadigung. In amtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Anwesenheit keine Neue gesetzt hätten und deswegen kaum Aussicht auf Begnadigung hätten. Die Vollstreckung des Todesurteils wird durch das Kollegium der DSWU. angeordnet werden.

### Kommunistische Antikriegsfindgebung aufgelöst

**Berlin, 6. April.** Auf einer von der SPD. veranstalteten Antikriegsfindgebung im Sportpalast am Mittwochabend wollte auch ein einzelner kommunistischer Sprecher. Als er das Rednerpult betrat, wurde ihm das Sprechen von der Polizei unterlagert mit der Begründung, er hätte keine Sprecherlaubnis. Es setzte ein ungeheurer Sturm ein, so daß sich die Polizei gezwungen sah, die Versammlung zum Teil unter Anwendung des Gewaltanspruchs aufzulösen.

**London, 6. April.** Einem Renter-Telegramm zufolge wird in Paris behauptet, daß die Frage der Aufnahme Deutschlands, Italiens und Polens in den Donaubund zwischen Tardieu und Macdonald bei ihren privaten Besprechungen erörtert, aber endgültig abgelehnt worden sei.

### Die Gefahr von außen

Reichskanzler Dr. Brüning's besonderer Stolz ist seine Außenpolitik. Der gewöhnliche Laienverstand kann zwar den Grund nicht einsehen, weil sie von der Zollunionaberdung bis zur Rembellamange nur eine Kette von Fehlschlägen aufweist. Das hindert aber Brüning nicht, seine Führung der Außenpolitik als die einzig mögliche hinzustellen. So in der Stuttgarter Wahlrede: „Die eingeleiteten Auseinandersetzungen haben nur Erfolg, wenn die Politik der vergangenen zwei Jahre unter allen Umständen schärfstens durchgehalten wird!“ Zu Stresemann's Zeiten hieß die Formel: „Fortsetzung der bewährten Linie der bisherigen Außenpolitik“; sie hat uns direkt ins Youngseum geführt. Und für Brüning gelten die gleichen Leitsätze: Opfergang im Innern und Hoffnung auf internationale Zusammenarbeit. Davon soll alles Hell kommen. Am übrigen besteht die äußerlich bemerkbare Tätigkeit des Außenministers darin, daß die laufenden Angelegenheiten, insbesondere die Londoner Viermächtebesprechungen, bagatelisiert und die Verhandlungen über unsere passive Rolle bei der Vorbehandlung der Donaufrage beschleunigt werden. In London, heißt es in den amtlichen Auslassungen, werde nicht das letzte Wort gesprochen, darum drohe von dort aus keine Gefahr für die deutsche Politik. Wenn dann Mitte April in Genf die Entscheidung falle, werde sich Brüning, von Wahl Sorgen befreit, schon selbst bemühen, und inzwischen sei er in London durch ausgezeichnete Männer vertreten.

Wir fürchten, daß das große außenpolitische Ringen, zu dem die gegenwärtige Londoner Konferenz allerdings nur ein Vorspiel ist und das in der Lausanner Jointkonferenz erst seinen Abschluß finden soll, mit der Brüning'schen Verabredungsbretterei und mit resignierender amtlicher Müdigkeit zu seinem guten Ende geführt werden kann. Einem so gewiegten Gelehrten wie Tardieu, der alle europäischen Fragen geschickt ineinanderzuschaltet zu einem großangelegten Dispositionenplan gegen Deutschland, ist nicht beizukommen, wenn man sich fatalistisch aufs Abwarten verlegt und in nicht zu überbietender Darmlosigkeit versichert, daß die deutsche Abordnung für London „keineswegs einen bis ins einzelne gehenden Donauplan in der Tasche habe“. Es ist schlechthin unverständlich, wie man sich noch damit rühmen kann, daß man dem Tardieu-Programm keine deutsche Konzeption gegenüberstellen hat.

Die gefährlichste Gefahr für die deutsche Politik liegt allerdings nicht in den heutigen Londoner Besprechungen und auch nicht im französischen Donauplan allein, der nicht im Handumdrehen verwirklicht werden kann und infolge seiner falschen wirtschaftlichen Voraussetzungen praktisch undurchführbar bleibt. Aber Tardieu's Absichten sind viel umfassender. Er begnügt sich nicht damit, zum Ausbau der französischen Machtposition die Reste deutscher Wirtschaftskraft vor den im Verfall der Moral sinkenden Karren Mitteleuropas spannen zu wollen. Erst in der Verbindung mit der Tributfrage und dem Abrahamsproblem enthält sich die Gefahrlichkeit des Gesamtplanes in seinem ganzen Ausmaß. Englische Andeutungen, in welcher Richtung diese Kombination läuft, werden heute veröffentlicht. Zunächst soll Deutschland durch „Jugendstützen“ und, wenn nötig, auch durch Druck von der Tribut- und Abrüstungsseite her dazu bewogen werden, den Agrarüberschuß der Donauländer anzunehmen, damit diese finanziell wieder flott werden und ihren Anleiheverpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen können. Von einer wirtschaftlichen Gegenleistung, etwa in der Art, daß Deutschland eine Vorzugsbehandlung für seine Industrieanfuhren nach den Donauländern erhalte, ist keine Rede. Die Verbindungsstange führt vielmehr direkt zur Tributpolitik, über deren Ziel ein führendes und gut unterrichtetes New Yorker Finanzblatt interessante Einzelheiten ausplaudert. Man hat dort das Gefühl, daß zwischen der französischen und der englischen Regierung bereits eine Einigung und ein fester Reparationsvorschlag vorliegt, daß aber das Ergebnis dieser Verhandlungen noch bis nach den deutschen und französischen Wahlen zurückgehalten werden solle. Aus wohlüberlegten Gründen. „Denn“, so heißt es in der amerikanischen Auslassung, „die Wiederwahl Hindenburgs würde wenigstens vorläufig die Fortdauer der Regierung Brüning und eines starken Finanzprogramms bedeuten.“ Was man darunter zu verstehen hat, das erläutert an einer anderen Stelle die Erwägung: „Anschließend des deutsch-sachsischen Programms würde ein Nazifog an den Wahlen die Verhandlungen über die Reparationen erschweren.“ Das heißt doch nichts anderes, als daß man von einer Regierung der nationalen Opposition die Ablehnung des im geheimen vereinbarten Tributplanes erwartet, während bei Fortdauer der Brüning'statur das tributinteressierte Ausland damit rechnet, daß unter dieser Führung die Deutschen doch wieder nachgeben und irgendwelche neuen Zahlungsvorgaben machen werden — trotz Brüning's Nein. Darum läßt man die Rede vor den Wahlen nicht aus dem Saal. Ueber die Art der ins Auge gefassten Tributregelung kann trotzdem kein Zweifel bestehen: nach seiner amerikanischen Auslassung glaubt man, daß in Lausanne der deutsche Regierung ein englisch-französischer Vorschlag unterbreitet werden soll, dessen Kernpunkt eine „wesentliche Verringerung der Jahresschuldungen und eine längere Zeitdauer, wäß-